

Bekanntmachung

der Haushaltssatzung 2013 der Gemeinde Ostseeheilbad Zingst

Die Gemeindevertretung hat mit Beschlussnummer 01/01/13 vom 31.01.2013 die Haushaltssatzung der Gemeinde Ostseeheilbad Zingst nach § 47 (1) KV öffentlich beraten und beschlossen.

Die Genehmigung für den in § 4 festgesetzten Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung ist durch den Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen als untere Rechtsaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 19.02.2013 erteilt worden.

Die Satzung wird hiermit nach § 47 (3) KV bekanntgemacht.

Gemäß § 47 (5) KV liegt die Haushaltssatzung mit ihren Anlagen vom Erscheinungstag dieses Strandboten an 14 Tage zur Einsichtnahme in den Räumen der Gemeindeverwaltung Zingst, Hanshäger Straße 1, Zimmer 27, während der üblichen Dienststunden montags bis donnerstags von 08:00 bis 16:00 Uhr und freitags von 08:00 bis 12:00 Uhr öffentlich aus. Auf die Auslegung wird hiermit hingewiesen.

Der Bürgermeister

Haushaltssatzung der Gemeinde Zingst für das Haushaltsjahr 2013

Aufgrund der §§ 45 ff. Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird nach Beschluss der Gemeindevertretung vom 31.01.2013 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1 Ergebnis- und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 wird

1. im Ergebnishaushalt

a)	der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	5.717.000 EUR
	der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	5.485.000 EUR
	der Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen auf	232.000 EUR
b)	der Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	0 EUR
	der Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 EUR
	der Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen auf	0 EUR
c)	das Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen auf	232.000 EUR
	die Einstellung in Rücklagen auf	0 EUR
	die Entnahmen aus Rücklagen auf	0 EUR
	das Jahresergebnis nach Veränderung der Rücklagen auf	232.000 EUR

2. im Finanzhaushalt

a)	die ordentlichen Einzahlungen auf	5.163.600 EUR
	die ordentlichen Auszahlungen auf	5.028.100 EUR
	der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	135.500 EUR
b)	die außerordentlichen Einzahlungen auf	0 EUR
	die außerordentlichen Auszahlungen auf	0 EUR
	der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen auf	0 EUR
c)	die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	758.000 EUR
	die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-2.884.800 EUR
	der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-2.126.800 EUR

d)	die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	2.371.900 EUR
	die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	106.600 EUR
	der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	2.265.300 EUR

festgesetzt.

§ 2 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen ohne Umschuldungen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **1.025.000 EUR.**

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4 Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit

Der Höchstbetrag der Kredite zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit wird festgesetzt auf **800.000 EUR**

§ 5 Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer		
a)	für die land- und forstwirtschaftlichen Flächen (Grundsteuer A) auf	300 v. H.
b)	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	400 v. H.
2. Gewerbesteuer auf		385 v. H.

§ 6 Amtsumlage/ Kreisumlage

Die Gemeinde Ostseeheilbad Zingst ist amtsfrei und kreisangehörig, deshalb ist dieser Paragraph nicht belegt.

§ 7 Stellen gemäß Stellenplan

Die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen beträgt **39,464** Vollzeitäquivalente (VzÄ).

§ 8 Eigenkapital

Der voraussichtliche Stand des Eigenkapitales zum 31.12. des Haushaltsvorjahres beträgt **EUR**
und zum 31.12. des Haushaltsjahres **EUR.**
(Noch keine Eröffnungsbilanz erstellt)

§ 9 weitere Vorschriften

- 9.1 Haushaltsvermerke zur Deckungsfähigkeit
- 9.1.1 Gemäß § 14 Abs. 1 werden folgende Aufwendungen hiermit von der **generellen** Deckungsfähigkeit in den Teilergebnishaushalten ausgenommen:
- Abschreibungen
 - Einstellungen in Rücklagen/-stellungen
 - Personalaufwendungen/ Versorgungsaufwendungen
- 9.1.2 Gemäß § 14 Abs. 2 können Ansätze für Aufwendungen, die nicht nach Abs. 1 deckungsfähig sind, durch Haushaltsvermerk für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werde, soweit sie sachlich zusammenhängen. Dies gilt auch für entsprechende Ansätze für Auszahlungen im Finanzhaushalt. Innerhalb folgender Aufwandsarten gilt die gegenseitige Deckungsfähigkeit:
- Abschreibungen
 - Einstellungen in Rücklagen/-stellungen
 - Personalaufwendungen/ Versorgungsaufwendungen
- 9.1.3 Gemäß § 14 Abs. 3 GemHVO- Doppik werden die Auszahlungen für Investitionstätigkeit eines Teilhaushaltes für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- 9.1.4 Gemäß §14 Abs. 4 GemHVO werden die Ansätze für ordentliche Auszahlungen zugunsten von Auszahlungen für Investitionstätigkeit desselben Teilhaushalts für einseitig deckungsfähig erklärt.
- 9.2 Haushaltsvermerke zur Zweckbindung
- 9.2.1 Gemäß § 13 Abs. 2 GemHVO-Doppik wird bestimmt, dass Mehrerträge aus Gebühren, Entgelten und sonstigen eigenen Erträgen des Gemeindehaushalts ausgenommen Mehrerträge aus allgemeinen Zuwendungen und Umlagen- die Aufwendungsansätze des gleichen Teilhaushalts erhöhen können, da davon auszugehen ist, dass die Mehrerträge einen höheren Aufwand erfordern.
- 9.3 Festlegungen der Wertgrenze für die Einzeldarstellung der Ein- und Auszahlungen für Investitionsvorhaben
- 9.3.1 Gemäß § 4 Abs. 12 GemHVO-Doppik wird bestimmt, dass Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen oberhalb der Wertgrenze von 50.000 EUR für jede Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahme im Teilhaushalt einzeln darzustellen sind. Unterhalb dieser Wertgrenze erfolgt eine Darstellung der Ein- und Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in jedem Teilhaushalt insgesamt.